

Peter Hofmann
Heidelsteinstraße 16
97422 Schweinfurt

Ralf Hofmann
Schönerstraße 4
97422 Schweinfurt

Stadt Schweinfurt
Herrn Oberbürgermeister Sebastian Remelé
Rathaus
97421 Schweinfurt

Schweinfurt, 10.10.2021

Antrag zu Haushaltsberatung: Einrichtung eines Rechtsamts

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

namens und im Auftrag der SPD-Stadtratsfraktion stellen wir zum Haushalt 2022 folgenden Antrag:

1. Die Stadt Schweinfurt richtet ein RECHTSAMT ein, das für folgende Bereiche und Tätigkeiten zuständig ist:
 - a. Rechtsberatung für alle städtischen Ämter
 - b. Erarbeitung und Vorbereitung der Umsetzung von Rechtsvorschriften
 - c. Vertretung in Rechtsstreitigkeiten, soweit nicht die Einschaltung eines zugelassenen Rechtsanwaltes erforderlich ist (Landgerichte)
 - d. Fertigung von Musterverträgen
 - e. Rechtliche Begleitung bei Vertragsabschlüssen, die über die übliche Verwaltungspraxis hinausgehen.
 - f. Beratung und Aufzeigen von Lösungen bei rechtlich problematischen Entscheidungen
 - g. Rechtliche Bearbeitung von Widerspruchsverfahren
 - h. Mitwirkung bei Disziplinarverfahren
 - i. Überwachung des Datenschutzes in der Stadtverwaltung
 - j. Stellung von Strafanzeigen und Strafanträgen wegen strafbarer Handlungen zum Nachteil der Stadt
 - k. Nutzung des Stadtwappens durch Dritte
 - l. Vorbereitung der Wahl von ehrenamtlichen Richtern
 - m. Ausbildung von Rechtsreferendaren in der Verwaltungsstation
 - n. Rechtliche Begleitung des Gutachterausschusses der Stadt Schweinfurt
 - o. Standesamtsaufsicht



Peter Hofmann
Heidelsteinstraße 16
97422 Schweinfurt

Ralf Hofmann
Schönerstraße 4
97422 Schweinfurt

2. Die Stadt Schweinfurt stellt für diese Tätigkeit einen Volljuristen als Leiter des Rechtsamtes ein.

Kosten ca. € 80.000.- jährlich, abzüglich eingesparter Rechtsanwaltskosten

Begründung:

In den vergangenen Jahren hat sich herausgestellt, dass bei Abfassung von Verträgen und Erstellung von Satzungen nicht unerhebliche Fehler unterliefen, die durch die verantwortliche Übernahme der rechtlichen Prüfung durch einen Volljuristen hätten vermieden werden können.

Betrachtet man die Ausgaben für rechtliche Gutachten und für die Vertretung durch Rechtsanwaltskanzleien am Arbeits-, Amts- und Verwaltungsgericht sowie gegebenenfalls vor dem Sozialgericht, so könnten diese nicht unerheblichen Ausgaben künftig durch eine Einstellung eines Volljuristen zumindest teilweise vermieden werden. Das Risiko rechtlicher Fehler in der Verwaltungstätigkeit könnte dann wesentlich vermindert werden, ebenso entstehende Schäden, die aus solchen Fehlern resultieren.

Dabei sollte zunächst **ein** geeigneter Volljurist als Leiter des Rechtsamtes gefunden werden.

Der Aufbau einer neuen Abteilung ist dabei entbehrlich, wenn – so wie beispielsweise in Coburg – das Rechtsamt als Querschnittsamt organisiert wird.

In Coburg besteht das Rechtsamt derzeit aus einem leitenden Rechtsdirektor, einer Rechtsdirektorin, einer Rechtsassessorin, zwei Assistentinnen (inkl. Geschäftsstelle Stadtrat) und der Unteren Standesamtsaufsicht.

Nicht nur dort hat sich auch diese Einrichtung eines Rechtsamtes bewährt.

Im Sinne einer bedeutend verbesserten Rechtssicherheit der Tätigkeit der Verwaltung sollte diesem Antrag Folge geleistet werden.

Für die Antragsteller



Peter Hofmann
Stadtrat

Ralf Hofmann
Stadtrat

